

Vertragspaket Schweiz-EU – Stellungnahme zur Vernehmlassung

Der Vorstand des Oberrheinrates, am 17.10.2025, auf Vorschlag der Kommission Wirtschaft – Arbeitsmarkt – Gesundheit,

1. begrüßt das Verhandlungsergebnis von Mai 2025 zum Vertragspaket Schweiz-EU, welches die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sichert;
2. verweist auf seine Resolution „[Neue Hürden in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union verhindern](#)“ vom 27. Juni 2022 und die darin geäußerten Befürchtungen, dass ungeregelte Beziehungen mittel- und langfristig zu einer Abnahme der Attraktivität und Strahlkraft der Oberrheinregion insgesamt führen würden;
3. betont, dass die Schweiz und die Europäische Union eng verbunden sind und in einer vielfältigen, partnerschaftlichen Nachbarschaft leben. Gute und verlässliche Beziehungen sind zentral für die Wirtschaft, für die Wissenschaft, für die Gesellschaft und für die kulturelle Vielfalt im trinationalen Lebensraum des Oberrheins;
4. begrüßt ein neues Gesundheitsabkommen zur Vorbeugung von Krisen. So ist der Oberrheinraum mit seinen offenen Grenzen von Gesundheitskrisen besonders betroffen und profitiert von gemeinsamen Frühwarnsystemen;
5. verweist auf seine Resolutionen „[Den Gesundheitsraum am Oberrhein stärken](#)“ vom 9. Dezember 2016, „[Grenzüberschreitende Kooperationen gestalten und die Gesundheit am Oberrhein fördern](#)“ vom 3. Dezember 2018 und „[Grenzüberschreitende Potenziale im Gesundheitsbereich am Oberrhein ausschöpfen](#)“ vom 7. Dezember 2020, in denen er sich entschieden für die weitere Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich ausgesprochen hat;
6. begrüßt eine Fortführung der gegenseitigen Anerkennung von Konformitätsbewertungen (Mutual Recognition Agreement, MRA) und plädiert für eine Übergangslösung, um deren weitere Erosion zu vermeiden. Einheitliche Regeln stärken den grenzüberschreitenden und eng verflochtenen Wirtschaftsraum am Oberrhein;
7. weist darauf hin, dass rund ein Zehntel der Beschäftigten der Nordwestschweiz Grenzgängerinnen und Grenzgänger aus dem benachbarten Ausland sind. Offene Grenzen und ein faires Lohnniveau sind essenziell für einen funktionierenden Arbeitsmarkt, gute wirtschaftliche Zusammenarbeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Grenzregionen;
8. regt an, dass, sollte seitens der Schweizerischen Eidgenossenschaft die Schutzklausel bei der Personenfreizügigkeit aktiviert werden, die regionalen und kantonalen Unterschiede berücksichtigt werden;
9. begrüßt ausdrücklich, dass das Verhandlungsergebnis eine Teilnahme der Schweiz an den EU-Programmen Horizon Europe, Euratom, Digital Europe und an der Forschungsinfrastruktur ITER (zusammengefasst 2021 als Horizon-Paket–2027) sowie an

Erasmus+ und EU4Health ermöglicht. Der eng vernetzte und hoch innovative Forschungsplatz am Oberrhein ist unverzichtbar für die Region.

Der ORR richtet diese Resolution an:

- in Frankreich:
 - die Präfektur der Region Grand Est
 - die Region Grand Est
 - die Europäische Gebietskörperschaft Elsass
- in Deutschland:
 - die Landesregierung Baden-Württemberg
 - die Landesregierung Rheinland-Pfalz
- in der Schweiz:
 - die Mitglieder der Bundesversammlung aus dem Oberrheinraum
 - die Nordwestschweizer Regierungskonferenz
- auf grenzüberschreitender Ebene:
 - die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (zur Kenntnis)
 - den Deutsch-Französischen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (zur Kenntnis)
 - die Oberrheinkonferenz (zur Kenntnis)
- auf der europäischen Ebene:
 - die Mitglieder des Europäischen Parlaments aus dem Oberrheinraum
 - die Europäische Kommission
 - den Europäischen Ausschuss der Regionen